

haupt jede Einreisemöglichkeit genommen. Gerade hier gibt es einiges an materieller und auch politischer Unterstützung und Solidarität. Die finanziellen Spenden von Salzburger Friedensinitiativen (ca. 50.000,— öS) gingen (neben einem Flüchtlingsprojekt) auch an Gruppen, die sich für Kriegsdienstverweigerer einsetzen. Der Versuch, so wie in Wien auch in Salzburg eine Deserteursberatung einzurichten, war weniger erfolgreich; allerdings kam gerade aus diesem Versuch das Engagement von Personen aus der Friedensbewegung für offene Grenzen (Demos am Walsberg) Bereits im Dezember 91 / Jänner 92 gab es in den Salzburger Friedensgruppen die Auseinandersetzung mit der militärischen Seite dieses Konflikts, vor allem mit der Rolle von UNO-Truppen und mit der Rolle Österreichs dabei. Mit dem Krieg in Bosnien-Herzegowina hat sich die Diskussion darüber noch weiter intensiviert. Bei diesen Diskussionen ging es nicht um Notwehr und um letzte humanitäre Mittel, sondern vor allem um Auswege aus dem militärischen Wahnsinn. Es ging nicht um die Militärintervention als pazifistisches Tabu, sondern um die Lösung von Konflikten. Weder haben Friedens-Bewegungen in Österreich das Potential eine Militärintervention zu verhindern noch sie zu erzwingen. Alles was sie anzubieten haben, ist Hilfe bei der Suche nach Lösungen, Mitdenken, und vor allem auch die Bereitschaft, nicht nur nach einfachen Lösungen zu schreien, sondern die Konflikte auf allen Ebenen zu betrachten und eben auch über Lösungen für alle Ebenen nachzudenken. Mit einer Militärintervention den Granatenbeschuß des Marktes in Sarajewo zu beenden heißt nicht, die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina zu beenden. Aus der Friedensbewegung gab es seit den Beginn der Entwicklung des Zerfalls Jugoslawiens Vorschläge für konfliktlösende Maßnahmen. Sie kamen zum Teil aus der Friedensforschung und aus der Friedenspädagogik oder auch von "Praktikern" der gewaltfreien Aktion. Das sind vier Beispiele (nicht die einzigen), wie sich Menschen aus Friedens-Bewegungen sehr konkret mit dem Konflikt im ehe-

Einfache Lösungen gibt es nicht!

Vor gut einem Jahr legte der österreichische Friedensforscher Wilfried Graf eine Analyse über die Konflikte des auseinanderbrechenden Jugoslawiens vor. Die Vorschläge des im Friedensbericht 1991 (Rezension s.S. 18) wiedergegebenen Beitrags blieben ohne Resonanz, die ausgesprochenen Befürchtungen wurden von der Wirklichkeit eingeholt.

Graf skizzierte drei Phasen in der Zuspitzung der Konflikte und des Zerfalls des jugoslawischen Staatsgebildes: 1. Machtübernahme der postitoistischen KP-Fraktion um Milosevic in Serbien im Jahr 1987, die sich mit serbischem Nationalismus (Vormachtrolle in Jugoslawien) und der Aufhebung der Autonomie der autonomen Provinzen Vojvodina (ungarische Minderheit) und Kosovo (albanische Mehrheit) an der Macht hielt. 2. Sieg von national ausgerichteten Parteien in Slowenei und Kroatien bei den ersten freien Wahlen seit dem Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien im Jahr 1990. 3. Internationalisierung der Konflikte durch die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens im Juni 1991. Die einseitige "Anerkennungspolitik", wie sie in der Folge Deutschland in der EG durchsetzen konnte (Anerkennung am 15. Jänner 1992) bezeichnete Graf als "negative Internationalisierung", die der Lösung der Konflikte nicht näherbringe und die Gewalt nur steigern. Dem setzte der Friedensforscher die "positive Internationalisierung" der ungelösten ethnopolitischen Fragen durch Einbeziehung aller Konfliktparteien (inclusive der Albaner) in viele internationale Friedensdialoge entgegen. Zu stationierende UNO-Einheiten sollten den Völkern dieser Region eine notwendige Atempause zur Rekonstruktion eigener Zukunftsperspektiven verschaffen, im Hinblick auf den Abbau der direkten Gewalt müßten "alle Bedürfnisse, Konflikte und Akteure zur Sprache kommen und auch das Irrationale, das Unerwartete und Unbewußte integriert" werden, so Graf. Strukturell könnten die Konflikte weder durch eigene Nationalstaaten noch durch ein drittes Jugoslawien gelöst werden, sondern nur im Rahmen einer "südosteuropäischen Kooperationsgemeinschaft", die auch die anderen Staaten Südosteuropas miteinschließen müsse. Im Hinblick auf den Abbau von kultureller Gewalt seien die imaginären Bruchlinien zwischen "Mitteleuropa", "Balkan" und "Orient" zu überwinden. Denn: "Der 'Zivilisationskrieg' zwischen katholischem 'Mitteleuropa', orthodoxem 'Balkan' und islamischem 'Orient' bedroht nicht nur die Zukunft der Völker im zerfallenden Jugoslawien, sondern ganz Südosteuropas mit kriegerischen Auseinandersetzungen, die von der 'Balkanisierung' zur 'Libanonisierung' Südosteuropas führen könnten."

Was in Kroatien und Bosnien-Herzegowina schon traurige Wirklichkeit geworden ist, droht sich im Kosovo, vielleicht auch in Mazedonien zu wiederholen. Dort wäre präventive "Einmischung" notwendig. Und zwar ohne Panzer und Bombardierungen, sondern durch Internationale Präsenz und durch Vermittlerdienste von außen. Fatal wäre, den Kosovo-Albanern nun nur irgendwie zu signalisieren, daß sie im Falle eines Abspaltungsversuches, der mit Sicherheit Krieg bedeutete, mit einer militärischen Unterstützung von außen rechnen könnten. Das Kroatien-Dilemma würde sich wiederholen!

Ich habe lange Zeit die Anerkennungspolitik befürwortet, wohl unter dem Einfluß der öffentlichen Debatte -die Ereignisse danach zeigten aber, daß nur durch eine Politik der Bremsung der Sezessionsbestrebungen Zeit gewonnen hätte werden können, um den schnellen Griff zu den Waffen zu verhindern und Spielraum zu schaffen für die gewaltfreie Gestaltung des Zerfallsprozesses der alten jugoslawischen Föderation. Wenn nun wiederum sehr lautstark die militärische Intervention zur Beendigung des Krieges in Bosnien gefordert wird, so tun wir gut daran, dem glaugwürdige Argumente entgegenzustellen.

Hans Holzinger

maligen Jugoslawien auseinandergesetzt haben. Wenn die Diskussionen, die jetzt geführt werden, ernst gemeint sind, dann werden die WortführerInnen in diesen Diskussionen nicht umhin kommen, sich auch mit den Positionen aus den Friedens-Bewegungen auseinanderzusetzen. Wer die Frie-

densbewegung immer nur auf eine Veranstalterin von Massendemonstrationen reduziert hat, schreit jetzt selbstverständlich nach diesen Demonstrationen, selbst wenn sie ihm vor einigen Jahren oder auch im Jänner 1991 noch nicht gefallen haben. Letztendlich geschieht hier eine Verwechs-